

Stellenausschreibung

In der Justizvollzugsanstalt Itzehoe ist spätestens zum 01.04.2021 die Stelle eines/einer

Vollzugsabteilungsleiters / Vollzugsabteilungsleiterin (m/w/d)

auf Dauer in Vollzeit zu besetzen.

Diese Ausschreibung richtet sich gleichermaßen an Beschäftigte des Landes Schleswig-Holstein und an externe Bewerberinnen und Bewerber.

Die Justizvollzugsanstalt Itzehoe ist die kleinste Justizvollzugsanstalt des Landes Schleswig-Holstein. Sie verfügt über 32 Haftplätze und ist für die Untersuchungshaft für männliche Gefangene aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe zuständig. Es sind 4 Plätze für erwachsene, männliche Strafgefangene vorhanden. Ca. 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Vollzugs- und Verwaltungsbereichen der Justizvollzugsanstalt tätig und wirken gemeinsam auf das Ziel hin, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen und die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten.

Das ausgeschriebene Aufgabengebiet umfasst

- Personalführung sowie Erstbeurteilereigenschaft
- Dienstplanverantwortung
- Erstellung und Fortschreibung von Vollzugsplänen, Durchführung von Vollzugsplan-konferenzen sowie Erstentscheidungen über vollzugsöffnende Maßnahmen
- Anfertigen von Stellungnahmen
- Bearbeitung von Anträgen, gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsbehelfen der Gefangenen, Disziplinar- und Sicherungsmaßnahmen gegen Gefangene
- Bearbeitung von Pfändungs- und Insolvenzangelegenheiten der Gefangenen sowie Prüfung und Überwachung der Erhebung von Haftkosten
- Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen
- Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung im zugewiesenen Bereich
- Abhaltung von Sprechstunden für Gefangene
- Abrechnung von Erschwerniszulagen nach der Erschwerniszulagenverordnung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Führen von Statistiken und Übersichten, Pflege des Personalverwaltungsverfahrens Permis, Bearbeitung von Trennungsgeldanträgen und Reisekostenabrechnungen
- Genehmigen und Buchen von Zahlungsanordnungen im Hausbankverfahren SAP
- Ständige Vertretung der Anstaltsleitung und Teilnahme am Inspektionsdienst

Weitere Aufgaben können übertragen werden.

Das Anforderungsprofil

Voraussetzung für die ausgeschriebene Stelle ist:

- mindestens ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium als Diplom-Sozialpädagogin / Diplom-Sozialpädagoge, Diplom-Verwaltungswirtin / Diplom-Verwaltungswirt oder ein vergleichbarer (Fach)Hochschulabschluss.

Für die Bewerbung von Vorteil sind:

- mindestens theoretische Kenntnisse in der Mitarbeiterführung,
- Rechtskenntnisse in den einschlägigen Rechtsgebieten (z. B. Vollzugsrecht, Strafrecht, Strafvollstreckungsrecht),
- ein hohes Maß an Verantwortungsbereitschaft,
- Kommunikationsfähigkeit,
- soziale und interkulturelle Kompetenz,
- Urteilsfähigkeit,
- Organisationsfähigkeit,
- Entschlusskraft und Durchsetzungsfähigkeit.

Wir bieten Ihnen

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen und stellenmäßigen Voraussetzungen kann eine Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A 12 erreicht werden. Bei einer Tätigkeit im Beschäftigungsverhältnis ist bei Vorliegen der tariflichen und persönlichen Voraussetzungen eine Eingruppierung bis zur Entgeltgruppe 12 TV-L möglich.

Die Funktionsstelle wird zunächst für die Dauer von 12 Monaten zur Erprobung übertragen. Bereits tatsächlich wahrgenommene Zeiten in der Funktion können auf die Erprobung angerechnet werden. Die Übertragung eines entsprechenden Amtes kann erst nach dauerhafter Übertragung der Funktionsstelle und bei Vorliegen aller haushaltsrechtlichen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfolgen.

Beamtinnen und Beamte, die bei einer Justizvollzugseinrichtung tätig sind, erhalten eine Zulage, soweit ihnen Dienstbezüge nach der Besoldungsordnung A zustehen (Vollzugszulage). Beschäftigte erhalten unter den gleichen Voraussetzungen und in der gleichen Höhe eine monatliche Zulage, wie sie entsprechende Beamte des Arbeitgebers als Amts- oder Stellenzulage zum Ausgleich der besonderen Anforderungen im jeweiligen Bereich erhalten.

Die Landesregierung setzt sich für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ein. Schwerbehinderte und ihnen Gleichgestellte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Landesregierung ist bestrebt, ein Gleichgewicht zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten in der Landesverwaltung zu erreichen. Sie bittet deshalb geeignete Frauen, sich zu bewerben und weist daraufhin, dass Frauen bei gleichwertiger Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt werden.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Förderung der Teilzeitbeschäftigung liegen im besonderen Interesse der Landesregierung. Deshalb werden an Teilzeit interessierte Bewerberinnen und Bewerber besonders angesprochen.

Ausdrücklich begrüßen wir es, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns bewerben.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (mindestens Lebenslauf, Schul-, Ausbildungs-, Arbeitszeugnisse), bei Bewerbungen aus der öffentlichen Verwaltung mit einer aktuellen Beurteilung und ggf. einer Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in die Personalakte, richten Sie bitte bis zum

01. November 2020

an die Leiterin der Justizvollzugsanstalt Bergstr. 5, 25524 Itzehoe, vorzugsweise in elektronischer Form an Poststelle@jvaiz.landsh.de. Bei Bewerbungen in Papierform bitten wir um Übersendung von Kopien, da die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden.

Auf die Vorlage von Lichtbildern/Bewerbungsfotos verzichten wir ausdrücklich und bitten daher, hiervon abzusehen.

Sie durchlaufen ein mehrstufiges Auswahlverfahren. Dieses gliedert sich in zwei Einzelelemente (Assessment-Center und Auswahlgespräch), die beide erfolgreich absolviert werden müssen. Das Nichtbestehen des Assessment-Centers führt zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens auf der Grundlage des § 85 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes und § 15 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes verarbeitet. Weitere Informationen können Sie unseren Datenschutzbestimmungen entnehmen:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Serviceseiten/Datenschutzerklaerung/datenschutz_node.html

Für beamten- oder tarifrechtliche Fragen sowie Fragen zum Verfahren steht Ihnen Frau Serger (Tel. 04821/661511) gern zur Verfügung.